





# Marschrouten für Berlin

**PARTEIEN** Von Schwarz bis Rot: Die Parteien haben ihre Ziele für die Bundestagswahl festgezurr.

**VERGLEICH** Wer will was? MZ-Redakteur Christian Kuczniarz hat die Parteiprogramme unter die Lupe genommen.

	Steuern	Arbeit, Soziales, Familie	Gesundheit	Bildung	Umwelt, Energie, sonstiges
	<p>Der Einkommenssteuersatz soll in zwei Stufen (2011 und 2012) von 14 auf zwölf Prozent sinken. Die Grenze für den Spitzensteuersatz soll in zwei Schritten auf 60 000 Euro steigen. Die „kalte Progression“ soll abgemildert werden, der Kinderfreibetrag auf 8004 Euro steigen, die Mehrwertsteuer für Hotellerie und Gastronomie auf sieben Prozent fallen, die Erbschaftsteuer regionalisiert werden.</p>	<p>Freibeträge beim „Schonvermögen“ von Hartz-IV-Empfängern sollen „wesentlich“ erhöht werden. Kindergeld und Kinderfreibetrag sollen erhöht werden. Teilerntengeld soll es bis zu 28 Monate lang geben, ab 2013 soll ein Rechtsanspruch auf einen Betreuungsplatz für Kinder ab dem ersten Lebensjahr gelten. Eltern, die ihre Kinder vor allem zu Hause erziehen, sollen 150 Euro im Monat an Betreuungsgeld bekommen.</p>	<p>Geplant sind „Kurskorrekturen“, etwa bei den Ärztenhonoraren und beim Finanzausgleich der Krankenkassen. Prävention und Gesundheitsförderung im Gesundheitswesen sollen gestärkt werden. Pflege- und Betreuungsangebote sollen gestärkt, die Vereinbarkeit von Beruf und privater Pflege soll verbessert werden. Bonus-Modelle, Wahl- und Selbstbehalttarife sollen weiterentwickelt werden.</p>	<p>Das Ziel einer „Bildungsrepublik“ soll mittelfristig dadurch erreicht werden, dass zehn Prozent des Bruttoinlandsprodukts in Bildung und Forschung fließen. Außerdem soll das gegliederte Schulsystem beibehalten werden, bundesweit soll es vergleichbare Abschlüsse geben. Hochschulen sollen eine größere Autonomie erhalten. Außerdem soll der Ausbildungspakt mit der Wirtschaft fortgesetzt werden.</p>	<p>In den kommenden zehn Jahren soll der Anteil an ökologischer Energie an der Stromerzeugung von 15 auf 30 Prozent steigen, gleichzeitig soll bis zum Jahr 2020 der CO<sub>2</sub>-Ausstoß im Vergleich zu 1990 um 40 Prozent gesenkt werden. Laufzeitverlängerungen für bestehende Kernkraftwerke gelten aber als „unverzichtbar“, neue sollen nicht gebaut werden. Bayern soll „Elektromobilitäts-Land Nummer 1“ werden.</p>
	<p>Der Einkommenssteuersatz soll von 14 auf zehn Prozent gesenkt werden. 47 Prozent Spitzensteuersatz ab einem Jahreseinkommen von 125 000 (Verheiratete 250 000). Der Kinderfreibetrag soll um 200 Euro angehoben werden, langfristig soll es einen Kindergrundfreibetrag geben, der „alle Kinder gleich fördert“. Geplant sind auch ein Bonus für Beschäftigte, die auf die Abgabe der Steuererklärung verzichten und eine Börsenumsatzsteuer.</p>	<p>Gefordert werden höhere Schonvermögen für Hartz-IV-Empfänger, ein flächendeckender Mindestlohn von 7,50 Euro und staatliche Zuschüsse für Geringverdiener. Teilrenten sollen ab 60 möglich sein. Für Ältere soll es bei der Rente mit 67 Verbesserungen geben. Geplant ist ein Ausbau des Anspruchs auf Teilzeitbeschäftigung und Elterngeld auf 16 Monate und ein Rechtsanspruch auf Ganztagesbetreuung vom ersten Geburtstag an.</p>	<p>Alle Einkommensarten sollen zur Finanzierung herangezogen werden. Geplant sind ein höherer Steueranteil zur gesetzlichen Krankenversicherung sowie die Einbeziehung der Privatversicherungen in den Gesundheitsfonds. Ziel bleibt die sogenannte Bürgerversicherung, in die alle Erwachsenen einzahlen sollen. Ferner soll es einen Anspruch auf bezahlte Freistellung von Angehörigen Pflegebedürftiger geben.</p>	<p>Ganztagsschulen sollen flächendeckend ausgebaut werden. Ab der 11. Klasse ist ein Schüler-Bafög geplant. Die Zahl der Schulabbrecher soll jährlich um zehn Prozent gesenkt werden. Studiengebühren werden abgelehnt. Das Geld zum Ausbau und Förderung der Bildung soll aus der geplanten Erhöhung des Spitzensteuersatzes und der geplanten Börsenumsatzsteuer kommen. Bis 2015 sollen 275 000 zusätzliche Studienplätze geschaffen werden.</p>	<p>Neue Kohle- und Gaskraftwerke sollen gebaut werden, am Atomausstieg wird nicht gerüttelt. Bis 2030 sollen alternative Energien einen Anteil an der Stromerzeugung von 50 Prozent haben. Mehr Verkehr soll künftig auf die Schiene verlagert werden.</p>
	<p>Drei-Stufen-Steuerartef von zehn Prozent (bis 20 000 Euro Einkommen), 25 Prozent (bis 50 000 Euro) und 35 Prozent (ab 50 000 Euro). Der Grundfreibetrag von 8004 Euro soll es für jeden Erwachsenen und jedes Kind geben.</p>	<p>Sozialleistungen sollen zusammengefasst und steuerfinanziert in Höhe von 662 Euro in ein „Bürgergeld“ umgewandelt werden. Renteneintrittsalter ist 60, inklusive Zu- oder Abschlägen bei längerer oder kürzerer Arbeit. In Betrieben unter 20 Mitarbeitern soll der Kündigungsschutz entfallen. Das Kindergeld soll auf 200 Euro je Kind steigen. Rechtsanspruch auf Ganztagesbetreuung ab dem ersten Lebensjahr.</p>	<p>Ziel ist eine weitgehende Privatisierung des Gesundheitswesens und ein höherer Wettbewerb, indem die Kassen die Beiträge wieder selbst festlegen können. Einen sozialen Ausgleich soll es über die Steuern geben.</p>	<p>Die Autonomie der Hochschulen soll im Grundgesetz verankert werden, das Hochschulrahmengesetz soll abgeschafft werden. Von Stipendien sollen künftig zehn und nicht wie bisher nur zwei Prozent der Studenten profitieren.</p>	<p>Die Kernkraft gilt als „Übergangstechnologie“, die derzeit beibehalten werden soll. Ein Ausstieg zum jetzigen Zeitpunkt sei „ökologisch und ökonomisch falsch“. Kohlekraftwerke sollen klimaverträglicher werden. Auf Energie soll der verminderte Mehrwertsteuersatz von sieben Prozent erhoben werden.</p>
	<p>Stärkere Belastung Wohlhabender durch Anhebung des Spitzensteuersatzes von 42 auf 45 Prozent, eine höhere Erbschaftsteuer und eine zeitlich befristete Vermögensabgabe. Durch eine Erhöhung des Grundfreibetrags von 8004 auf 8500 Euro sollen im Gegenzug Geringverdiener entlastet werden. Für Bezieher von Einkommen unter 2000 Euro sollen die Sozialbeiträge sinken.</p>	<p>Der Hartz-IV-Satz soll auf 420 Euro steigen, ein Mindestlohn mit 7,50 Euro soll Gesetz werden. Ebenso soll es eine teilweise steuerfinanzierte Garantie-Rente geben, langfristig ist eine „Bürgerrente“ geplant. Kinder sollen ab dem ersten Lebensjahr einen Rechtsanspruch auf einen Kita-Platz haben. Zudem ist eine zu versteuernde Kindergrundsicherung geplant, die Geringverdiener begünstigt.</p>	<p>Der Gesundheitsfonds soll abgeschafft und durch eine Bürgerversicherung ersetzt werden. So soll eine „Zwei-Klassen-Medizin“ überwunden werden. Außerdem soll die Praxisgebühr von zehn Euro je Quartal abgeschafft werden.</p>	<p>Studiengebühren und Bafög sollen abgeschafft werden. Jeder Student soll monatlich 200 Euro erhalten, wenn er aus sozial schwachen Familien kommt sogar bis zu 800 Euro. Insgesamt sollen 500 000 neue Studienplätze geschaffen werden. Finanziert werden sollen die Maßnahmen durch einen „Bildungs-Soli“. In den Schulen sollen Kinder bis zur 9. Klasse gemeinsam lernen.</p>	<p>Als Staatsziel soll der Klimaschutz ins Grundgesetz aufgenommen werden. Bis 2030 soll Strom komplett aus alternativen Energien gewonnen werden, der Atomausstieg ist unumkehrbar. Der Bau von neuen Kohlekraftwerken wird ebenso abgelehnt wie die unterirdische CO<sub>2</sub>-Speicherung. Auf Autobahnen wird ein Tempolimit von 120 Stundenkilometern gefordert.</p>
	<p>Kleine und mittlere Einkommen sollen durch eine „gerechte Steuerreform“ entlastet werden. Gleichzeitig soll der Spitzensteuersatz von 42 auf 53 Prozent steigen. Der Grundfreibetrag soll auf 9300 Euro steigen. Geplant sind eine Vermögens- und Börsenumsatzsteuer und eine Anhebung von Erbschaft- und Körperschaftsteuer.</p>	<p>Hartz IV soll abgeschafft werden, kurzfristig aber soll der Regelsatz von monatlich 351 auf 500 Euro steigen. Das Schonvermögen soll angehoben werden. Ferner soll es einen Mindestlohn von zehn Euro und eine Mindestrente von 800 Euro im Monat geben. Kinderbetreuung soll flächendeckend gebührenfrei werden.</p>	<p>Zur Finanzierung der gesetzlichen Kranken- und Pflegeversicherung werden alle Berufsgruppen und Einkommensarten herangezogen. Die Leistungen der Kassen sollen ausgebaut und sämtliche Zuzahlungen inklusive der Praxisgebühr sollen abgeschafft werden.</p>	<p>Sieben Prozent des Bruttoinlandsprodukts sollen in einem „nationalen Bildungspakt“ in die Bildung fließen. Die Gemeinschaftsschule soll bis zur 10. Klasse eingeführt werden, Studiengebühren sollen abgeschafft werden.</p>	<p>Ein Tempolimit von 120 Stundenkilometern auf Autobahnen wird ebenso gefordert wie Investitionen von 2,5 Milliarden Euro für den Schienenverkehr. Ferner wird eine komplette Umstellung auf erneuerbare Energien gefordert.</p>